

Familie

Koalitionsvertrag:

Volksbegehrens "für eine bessere Familienpolitik" soll umgesetzt werden.

2.000 neue Erzieherstellen in Kindertagesstätten geben,

Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ab dem 1. Geburtstag

Landeserziehungsgeld wird flexibel im Anschluss an das Bundeselterngeld für zwölf Monate bezahlt.

Die Stiftung Familiensinn des Landes, die Familienbildung und -hilfe fördert, soll hoheitliche Aufgaben abgeben.

Sondierung mit Linken und Grünen

Volksbegehrens "für eine bessere Familienpolitik" soll umgesetzt werden.

2.000 neue Erzieherstellen in Kindertagesstätten geben,

Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ab dem 1. Lebensjahr als 1. Schritt verwirklichen.

Für das erste Lebensjahr soll es eine Bedarfsregelung geben.

Über die Abschaffung des Thüringer Erziehungsgeldes besteht Einigkeit. Dieses Geld ist in die Kindergartenfinanzierung umzuleiten.

Konsens ist ein Programm für ein kostenfreies und gesundes (ökologisches) Mittagessen in Verbindung mit einer „Essens- und Gesundheitserziehung“ für alle in Kitas und Schulen. Hier wird ein schrittweiser Einstieg vereinbart.

Auflösung der Stiftung FamilienSinn, Integration ihrer Aufgaben in der Sozialverwaltung

Verbesserung der Situation von Familienhebammen

Sicherung von Familienzentren

Gemeinsame Bundesrats-Initiative „Kinderrechte ins Grundgesetz“ wird avisiert

Bekämpfung der Kinderarmut als dringliche Aufgabe benannt

Einigkeit beim Ausbau einer fundierten Schulsozialarbeit

Ausbau der Mitwirkungsrechte von Kinder und Jugendlichen sowie Kinderrechte.

Bildung

Koalitionsvertrag

„Öffnung“ des Schulsystems für ein gemeinsames Lernen bis zur 8. Klasse:

Die Gemeinschaftsschule wird neben Regelschule und Gymnasium als "vollwertiges und gleichberechtigtes Angebot" gesetzlich festgeschrieben. Die Entscheidung soll in den Kommunen unter Einbeziehung der Beteiligten fallen

Ausbau von Ganztagesangeboten vom Land unterstützt werden.

Für Studenten soll der Verwaltungskostenbeitrag an die Hochschulen entfallen.

Einigkeit bei Sondierung mit Linken und Grünen

Längeres gemeinsames Lernen:

Neues Modell der Thüringer Gemeinschaftsschule

Weiterentwicklung des bestehenden Ausbildungspaktes zu einem Bildungspakt.

Ausbau einer konsequenten Benachteiligtenförderung.

Einführung von Produktionsschulen als neue Brücke zwischen Schule und Berufsausbildung

Ausbau von Berufsschulstandorten zu Zentren der Fort- und Weiterbildung

Allgemeine Studiengebühren werden abgelehnt.

Die Verwaltungskostenbeiträge an Thüringer Hochschulen sind abzuschaffen.

Vorhandene Studienplatzkapazität in Thüringen zu erhalten

Landesprogramm zur Förderung von Frauen an Thüringer Hochschulen und öffentlichen Forschungseinrichtungen.

Bildungsfreistellungsgesetz soll auf den Weg gebracht werden.

Soziales

Koalitionsvertrag

Sozialfonds des Landes soll bedürftigen Kindern kostenloses Essen in Kindergärten und Schulen ermöglichen.

Landesblindengeld wird um 50 Euro auf 270 Euro monatlich erhöht.

Ein neues Gesetz für Pflegeheime solle unter anderem die Einhaltung von Mindeststandards sichern.

Einigkeit bei Sondierung mit Linken und Grünen

Programm für ein kostenfreies und gesundes (ökologisches) Mittagessen in Verbindung mit einer „Essens- und Gesundheitserziehung“ für alle in Kitas und Schulen.

Anhebung des Blindengeldes auf Bundesdurchschnitt

Rentenangleich Ost und West

Zustimmung zu einem Seniorenmitbestimmungsgesetz und Finanzierung Seniorenbeirat

Sozialraumplanung für ganz Thüringen soll beim Sozialministerium angesiedelt und umgesetzt werden

Ergänzung der Jugendpauschale durch eine Sozialpauschale (200 Stellen für Jugend und Seniorenbetreuung , und –beratung)

Gemeinsame Bundesrats-Initiative „Kinderrechte ins Grundgesetz“ wird avisiert

Bekämpfung der Kinderarmut als dringliche Aufgabe benannt

Einigkeit beim Ausbau einer fundierten Schulsozialarbeit

Ausbau der Mitwirkungsrechte von Kinder und Jugendlichen sowie Kinderrechte.

Kinder und Jugendliche mit Behinderungen sind in der Regel in Regelkitas und –schulen zu integrieren (Inklusion)

Wirtschaft

Koalitionsvertrag

Im Vergaberecht sollen Spielräume "geprüft und genutzt" werden, um öffentliche Aufträge an Tariftreue und Mindestlöhne zu koppeln. Das Land soll dabei Anreize für mehr Tarifbindung geben.

Landesprogramm "Arbeit für Thüringen" mit Mitteln des Bundes und jährlich weiteren 15 Millionen Euro aus dem Haushalt des Landes gespeist werden.

Es soll ein Mittelstandsförderprogramm sowie Kleinkredite für Existenzgründer und kleine Unternehmer geben.

Firmenförderung soll generell noch stärker auf Kredite als auf Zuschüsse setzen.

Förderprogramme von EU und Bund sollen auch bei sinkenden Einnahmen aus Landesmitteln gegenfinanziert werden.

Zeitweise staatliche Beteiligungen an Unternehmen sollen möglich sein.

Subventionen für die Flughäfen Erfurt und Altenburg sollen überprüft werden.

Einigkeit bei Sondierung mit Linken und Grünen

Konjunkturorientierte, antizyklische Haushaltspolitik

Ökologische Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik durch eine neue Energiepolitik in Verbindung mit Ressourcenschonung, Mehr Innovation in Zukunftstechnologien und der zielgerichtete Ausbau guter Ansätze.

Förderprogramme auf Prüfstand stellen – dort wo es nötig ist, ein Umsteuern in Richtung Förderung von KMU anstreben.

Mittelstandförderungsgesetz

Bankengipfel der neuen Landesregierung vor dem Hintergrund, dass die Kreditinstitute ihrer Aufgabe bei der Kreditvergabe nicht gerecht werden

Klare Position zu Thema Mindestlohn / Tarifbindung erhöhen – angestrebt: BRInitiative.

Alle Fördermittel auf revolvingende Fonds umstellen, bei Ansiedlungsförderung auch mit Zuschüssen arbeiten

Novellierung des Thüringer Vergabegesetzes nach ökologischen, fairen und regionalorientierten Kriterien, Ziel ist, den Thüringer Mittelstand stärker zu fördern

Gemeinschaftsaufgabe auf wachstumsstarke Bereiche zuschneiden. Ein Zukunftsatlas soll aufzeigen, wo die Wertschöpfungsanteile liegen, z.B. in den Branchen:

Europäische Mittel: Halbzeitevaluierung zur Umsteuerung nutzen und bei der Evaluierung Einbeziehung aller Akteure

Besseres Zusammenspiel der Kammern, Gewerkschaften und Unternehmen wird angestrebt.

Bessere Nutzung des Kommunal-Kombi.

Verbesserung der Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt

Bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Novellierung des Landesgleichstellungsgesetzes

Aktive Arbeitsmarktpolitik

Sicherung von Aus- und Weiterbildung durch eine „Thüringer Initiative für Bildung und Arbeit“

Engagement gegen alle Formen der Niedriglohnbeschäftigung, wie z.B. die Ausgestaltung der Leiharbeit

Mehr Beteiligung und Mitbestimmung für die Beschäftigten in Thüringen

Bundratsinitiativen zur Einführung Existenz sichernder Mindestlöhne

Umwelt

Koalitionsvertrag

Thüringen zur grünen Technologieregion machen.

Erneuerbare Energien sollen bis 2020 den Bedarf zu 35 Prozent decken.

"Energie-, Klima- und Green-Tech-Agentur",

weitere Förderung von Solar-Unternehmen,

1.000-Dächer-Programm Photovoltaik und

zusätzlicher Lehrstuhl für erneuerbare Energien.

Bis 2011 soll der Naturpark Eichsfeld-Hainich-Werratal offiziell ausgewiesen

Werra bis 2020 ein naturnahes Gewässer

Das Land soll sich für eine Pipeline zur Entsorgung der Salzlaugen des Düngemittelkonzerns K+S in die Nordsee einsetzen.

Im Südharz sollen keine weiteren "Verritzungen" der Landschaft für den Gipsabbau zugelassen und dort zudem die Einrichtung eines Biosphärenreservats geprüft werden.

Darüber hinaus soll es einen Nationalpark im Thüringer Wald geben.

Einigkeit bei Sondierung mit Linken und Grünen

Mehr Arbeitsplätze durch den Ausbau erneuerbarer Energien und Tourismus, Ausbau der Wertschöpfungsketten

" Green-Tech-Agentur"

Naturschutzakademie

Masterplan Biodiversität

Gewässerschutz vor landwirtschaftlichen Einträgen, (Ausweitung der Randzone auf 10-Meter)

Stopp des Flächenverbrauches

Gegen Werraversalzung

Verbandsklagerecht Tierschutz

10 % Prozent des Staatswaldes aus der Nutzung zu nehmen

Hochwasserschutz

Biosphärenreservat Gipskarst

Abwasser: keine weitere Großanlagen, die bestehenden sind allerdings da; Analyse nach Umweltstandards. Ziel: Lösungen in kleinen Landschaftsräumen.

Mehr Mittel für Umweltstiftung

Naturschutzgroßprojekt Hohe Schrecke: langfristige Unterstützung sichern

Zuschüsse od. Darlehen aus den revolvingen Fonds für die Umweltbildung

Erweiterung des Nationalparks Thüringer Wald (von bisher 10.000 ha auf 25.000 ha)

Umweltlotterie

Energiewende vorantreiben, dabei sind alle Formen der Erneuerbaren Energien auszubauen;

weiterer Ausbaubedarf bei der Windkraft

Schwerpunkt Energieeinsparung und Energieeffizienz

Solarinitiative Thüringen initiieren (Forschung, Bildung, Anwendung im eigenen Land)

Energieagentur Thüringen errichten und Energieatlas erstellen

Vorbildfunktion des Landes (Ökostrom bei Liegenschaften, Energiestandards, Fotovoltaiknutzung)

Thüringer Wärmegesetz nach dem Vorbild Baden Württemberg einführen

Markteinführung Elektromobilität (Landesfuhrpark, Kommunen),
Elektroautoforschungszentrum mit Unterstützung des Bundes nach Thüringen holen

Rekommunalisierung der Energiewirtschaft

Thüringer Stromnetze zusammenfassen und auf gleiche Standards bringen.

Kultur

Koalitionsvertrag

Ein neues Leitbild "Kulturland Thüringen" soll unter anderem die Theater- und Orchesterlandschaft sichern helfen.

Eine neue Standortdebatte soll es nicht geben.

Die Mittel für die Thüringer Kulturstiftung solle das Land aufstocken.

Einigkeit bei Sondierung mit Linken und Grünen

Neues Leitbild für Thüringen: Kultur

Die Profilierung Thüringens in diesem Bereich sei notwendig. Angestrebt wird ein Gesamtkonzept zur Verbesserung der kulturellen und touristischen Ausrichtung Thüringens.

Erhalt der gegenwärtigen Struktur der Theater- und Orchesterlandschaft, zwei Modelle zur Diskussion: Kulturraum(gesetz)finanzierung (sächsisches Modell) und Kulturlastenausgleich. Hier konnten sich die Beteiligten einen Mix der beiden Modelle vorstellen.

Bibliotheksgesetz

Wertschöpfung im Tourismus erhöhen, Thüringen als Gesamtangebot vermarkten – integriertes Kultur- und Tourismuskonzept mit einer deutlich verbesserten Vernetzung der touristischen Angebote.

Der Thüringer Waldtourismus sowie der Städtetourismus müsse stärker zusammengeführt werden.

Stärkere Zusammenarbeit mit anderen Regionen, z.B. Sachsen und Sachsen-Anhalt, um Synergieeffekte zu erhöhen.

Ausbau des barrierefreien Tourismus.

Finanzen

Koalitionsvertrag

Alle Festlegungen des Koalitionsvertrags könnten nur nach Maßgabe der verfügbaren Haushaltsmittel umgesetzt werden.

Einsparpotenziale im Haushalt und der Verwaltung des Landes sollen genutzt werden.

Thüringen soll bis 2019 finanziell auf eigenen Füßen stehen und von 2020 an ohne neue Schulden auszukommen.

Die Neuverschuldung für 2010 ist mit rund 500 Millionen Euro angesetzt.

Sowohl 2010 wie auch 2011 könnte es auch eine höhere Neuverschuldung geben, wenn es die konjunkturelle Lage verlangt. Dies soll im Rahmen der Haushaltsberatungen geklärt werden.

Einigkeit bei Sondierung mit Linken und Grünen

Kassensturz für sämtliche Maßnahmen (mit Ausnahme der 2.000 Kita-Stellen)

Antizyklische Haushaltspolitik

Einnahmekonsolidierung und strikte Ausgabenkontrolle

Grundbekenntnis zu Bürgerhaushalten auf kommunaler Ebene

Bundratsinitiative für gerechte Steuereinnahmen und Einnahmestärkung

Schärfung des Bewusstseins bei den Ausgaben (Schulden und Tilgungspläne)

Verkehr und Kommunen

Koalitionsvertrag

Für die umstrittenen und in vielen Gemeinden entgegen der Rechtslage noch nicht erhobenen Straßenausbaubeiträge soll bis Ende 2010 eine "bürgerfreundliche, juristisch einwandfreie und für das Land finanzierbare" Regelung gefunden werden.

Die Stichwahl für Bürgermeister und Landräte wird wieder eingeführt.

Einigkeit bei Sondierung mit Linken und Grünen

Mitteldeutschlandverbindung ausbauen (zweigleisig bis nach Gera, Schließen der Elektrifizierungslücke, Ausbau muss in den vordringlicher Bedarf des Bundesverkehrswegeplans aufgenommen werden)

Lückenschlüsse bei der Schiene angehen (zwischen Eisfeld und Coburg auf der Werrabahn, Blankenstein und Marxgrün)

Aktivierung der Unstrut- und Kyffhäuserbahn

ÖPNV Bestandteil der Daseinsversorgung, Ausbau des ÖPNV-Angebotes (Bahn und Bus in einen landesweiten Verkehrsverbund)

Wichtige ICE-Linie 51 (Düsseldorf – Erfurt – Berlin) sichern

5 Prozent der Straßenbaumittel für den Radwegebau bereitzustellen ist nicht strittig